

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Zentralrat).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 96.

Berlin, Mittwoch, 30. November 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Ein Hornberger Schieken. — Die englische Regierung und die Gewerksvereine. — Gleiche Brüder. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Ein Hornberger Schieken.

Die Not des Volkes schreit zum Himmel. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel haben eine nahezu unerträgliche Höhe erreicht. Namentlich das Fleisch ist ein immer seltenerer Gast auf den Tischen der ärmeren Bevölkerung geworden. Die Folge einer Wirtschaftspolitik, die nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern einer kleinen Gruppe der Bevölkerung zu schützen bedacht ist. Eine solche Wirtschaftspolitik läßt sich naturgemäß nicht über Nacht ändern. Es gibt aber Mittel, um ihre Folgen wenigstens abzumildern, und zu diesen Mitteln gehört in diesem Falle die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh, die Befreiung der Zölle auf Futtermittel und die Ermäßigung der Prachtartikelpreise für Vieh. Die Regierung des Deutschen Reiches freilich steht leider viel zu sehr im Banne der Agrarier, als daß von ihr erwartet werden könnte, sie würde sich zu den erwünschten Maßnahmen entschließen. Aber man wolle sie doch einmal zwingen, überhaupt Mitleid zu haben, und dazu dienen die Interpellationen über die Fleischnot, mit denen sich der Reichstag drei volle Sitzungstage hintereinander beschäftigt hat. Was ist da nicht alles geredet worden! Die Fleischnot selbst nahm in den Debatten einen verhältnismäßig knappen Raum ein. Um so mehr wurde gesprochen von Getreidezöllen, von der Steuer von den Landarbeiterlöhnen, von der Notlage der Deutschen Winter und vielen anderen, was mit der zur Erörterung stehenden Angelegenheit in gar keinem oder doch nur in einem sehr loosen Zusammenhang steht. Drei Tage hat der Redekampf gedauert, und das Ergebnis ist gleich Null. Es wird alles beim alten bleiben.

Von den Parteien erklärten sich nur die Sozialdemokraten und die Fortschrittler für radikale und wirksame Maßnahmen. Alle übrigen Parteien erkannten mehr oder weniger das Bestehen einer Fleischnot an, sie zu beseitigen aber erklärten sie sich alle als ohnmächtig. Die Herren bestreiten sogar, daß überhaupt eine Fleischnot vorhanden sei. Die Fleischsteuerung ist nach ihrer Meinung entstanden durch die Zwischenhändler und die Schlächter, die ihre Läden zu luxuriös ausstatten. Sie seien es, die die Preise künstlich in die Höhe treiben. Der Redner der Konservativen belam es sogar fertig, von einem „Fleischnotrummel“ zu sprechen, als seien die Klagen über die hohen Fleischpreise auf eine agitatorische Verhegung zurückzuführen, um schon jetzt Stimmung für die kommenden Reichstagswahlen zu machen. Bemerkenswert ist, daß auch die Redner des Zentrums in das agrarische Horn trafen und die Klagen über die Fleischnot als unbedeutend hinstellten. Jedenfalls will auch das Zentrum von einer Abkehr vom Wege der jetzigen Wirtschaftspolitik nichts wissen. Man darf gespannt sein, wie die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter diese Haltung des Zentrums beurteilen, dessen Fraktion ja auch eine Anzahl christlicher Arbeiterführer als Mitglieder angehört.

Für den Reichskanzler beantwortete im Namen der Regierung der Staatssekretär Dr. Delbrück die Interpellationen. Der Reichskanzler habe die Bewegung der Fleischpreise sorgsam verfolgt. Dieselben hätten in der Tat eine gewisse Höhe erreicht. Eine Fleischnot aber gibt es auch für Herrn Dr. Delbrück nicht. Von einer Öffnung der Grenzen

kann deshalb auch nicht die Rede sein, schon im Interesse der Gesundheit des deutschen Viehbestandes, der gegen die im Auslande herrschenden Seuchen geschützt werden müsse. Frankreich bilde eine Ausnahme. Dort sei die Maul- und Klauenseuche längst erloschen, weshalb die Zufuhr einer bestimmten Menge von Schlachtvieh aus Frankreich gestattet werden könne. Weitere Konzessionen könnten in dieser Hinsicht nicht gemacht werden. Mit Recht wurde dem Herrn Staatssekretär aus dem Hause erwidert, daß, wenn eine solche Seuchengefahr drohe, es wunderbar sei, daß das dänische, holländische und österreichische Volk noch nicht am Genuße ihres einheimischen Fleisches läßt zu Grunde gegangen ist. Auch an eine Ermäßigung der Einfuhrzölle denkt die Regierung nicht, ebensowenig wie der Staatssekretär eine Herabsetzung der Eisenbahntarife für Viehtransport hält.

Die überaus schwachen Argumente des Staatssekretärs suchte der neugeborene preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer in seiner Art noch zu stützen. Unglücklicher und ungeachteter konnte dies kaum geschehen. Er hält die Fleischsteuerung für eine ganz natürliche Erscheinung. Nach seiner Meinung wäre es sonderbar, wenn alle anderen Nahrungsmittel im Preise stiegen, und das Fleisch nicht auch teurer würde. Auf der gleichen Höhe der Weisheit steht der Ausspruch, daß das Fleisch doch nicht das einzige und unbedingt notwendige Nahrungsmittel sei. Auch Herr v. Schorlemer gibt die gegenwärtige Lage des Fleisches und Viehmarktes keinen Anlaß zu besonderen Maßnahmen. Er will einzig und allein das Augenmerk darauf richten, daß die Viehproduktion im Inlande gefördert und vermehrt wird. Als ob damit der jetzt herrschenden Fleischnoterregung abgeholfen würde!

Mit kurzen Worten: Die Regierung lehnt es ab, auch nur das geringste zur Abstellung des bestehenden Notstandes zu tun. Eine wesentlich andere Antwort haben wir nicht erwartet. Wir wissen, daß die Regierung nur Entgegenkommen da zeigt, wo es gilt, den Junkern Vorteile zu verschaffen. Gegen die Klagen des werktätigen Volkes, mögen sie auch noch so begründet sein, hat sie ein schlechtes Gehör. Die Arbeiter werden also den Schmachtrien noch enger zichen können und sich abfinden müssen mit den Worten des Herrn v. Schorlemer, daß es außer Fleisch auch noch andere Nahrungsmittel gibt. Ja, wenn nur diese nicht auch teurer geworden wären! Aber leben müssen die Arbeiter mit ihren Familien, und deshalb werden sie verjucken müssen, auf andere Weise das wieder auszugleichen, was ihnen durch die verkehrte agrarische Wirtschaftspolitik entzogen wird. Die Folge dieser Politik wird und muß sein die Forderung höherer Löhne, und da diese höheren Löhne nicht freiwillig gewährt werden, darf angenommen werden, daß die nächste Zeit eine Periode heftiger wirtschaftlicher Kämpfe sein wird. Wenn man dann über die Begehrlichkeit und Unerträglichkeit der Arbeiter lamentiert, dann werden diese mit Recht auf die zugunsten der Junkerriepe getriebene Interessenpolitik hinweisen und erklären, daß sie zu solchen Stämpfen geradezu gezwungen sind im Interesse ihrer selbst und ihrer Familien, aber auch im Interesse der nationalen Volkswirtschaft, die nur bei einem gut genährten Arbeiterstande gedeihen kann.

Die Fleischnotdebatten im Reichstage haben ein unbefriedigendes Ergebnis gezeigt. Selbst wenn der Reichstag in der Lage wäre, im Anschluß an solche Interpellationen bindende Beschlüsse zu fassen, wäre nichts herausgekommen, da die große Mehrheit dieser Volksvertretung für wirksame Ab-

hilfemaßregeln nicht zu haben gewesen wäre. Und dennoch war die Aussprache nicht vergeblich. Die Regierung hat klipp und klar zu erkennen geben müssen, daß von ihr nichts zu erwarten ist. Auf sozialpolitischem Gebiete dürfen sich die Arbeiter, wie wir dies neulich ausgeführt haben, ebenfalls keinen großen Hoffnungen hingeben. Diese Tatsachen zeigen, wie wenig die Staatshilfe den Arbeitern bietet, und daß sie sich um so mehr auf die genossenschaftliche Selbsthilfe stützen müssen. Auch wenn sie, um die Mehrbelastung der Lebenshaltung auszugleichen, in Lohnkämpfe eintreten wollen, müssen sie vorher dafür sorgen, daß die Organisationen die nötige Macht haben. Deshalb enthalten die Debatten im Reichstage auch an die Arbeiterkraft die Mahnung, unermüdet für die Stärkung ihrer Berufsvereinigungen zu agitieren. Die inhaltlose Antwort der Regierung muß als Echo in der Arbeiterkraft den Ruf auslösen: Auf zur Organisation! Sinein in die Deutschen Gewerksvereine!

Die englische Regierung und die Gewerksvereine.

Am 22. November machte der englische Premierminister Asquith die lange erwartete Ankündigung über die Stellungnahme der Regierung zu der Frage der politischen Betätigung der Trade Unions. Um es vorwegzunehmen: Er weigerte sich, dem Verlangen der Arbeiterpartei und der Trade Unions nach Wiederherstellung des früheren Status zu entsprechen. Auf eine Anfrage des Arbeiterabgeordneten Barnes erklärte er, daß die Regierung beabsichtige, einen Gesetzentwurf über Däten- und Wahlkostenzahlung an Parlamentsmitglieder einzubringen, vorausgesetzt natürlich, daß die Wahlen wieder eine liberale Majorität ergeben. Es soll ferner den Trade Unions das Recht gegeben werden, Fonds für parlamentarische und municipale Vertretung einzurichten, wenn die Mehrheit der Mitglieder dies beschließt. Ein Antrag zum Beitrag für diese Fonds darf auf Einzelmitglieder jedoch nicht ausgeübt und ihre Rechte als Trade Unions-Mitglieder nicht beschnitten werden. Die allgemeinen Fonds dürfen für politische Zwecke nicht verwendet werden.

Liberaler wie konservativer sollten dem Premierminister bei seinen Erklärungen lebhaften Beifall. Auf den Arbeiterbänken zeigte sich jedoch lebhafter Enttäuschung, um so mehr als Mr. Asquith ziemlich allgemein sprach und jede Festlegung auf bestimmte Formeln sorgfältig vermied. Nach der Erklärung des Ministers hielten der „Vereinigte Vorstand“ der Trade Unions (Joint Board) und die „Parlamentarische Arbeiterpartei“ eine gemeinsame Sitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, Mr. Asquiths Erklärung insofern als zufriedenstellend zu erklären, als sie den Unions das Recht auf Vereinigung zu politischen Zwecken und die Sammlung und Verwendung von Fonds für parlamentarische und municipale Vertretung in Aussicht stellt. Die Resolution fährt dann fort: „Wir finden jedoch den letzten Teil der Erklärung so zweideutig, daß wir beschließen, eine Kommission zu ernennen, die sich über die Absichten der Regierung weiter informieren soll. Ferner erklären wir, daß bei ungenügendem Aufschluß der Arbeiterpartei im neuen Parlament ihre Trade Unions-Amendement-Bill wieder einbringen und zu der Regierungsvorlage solche Abänderungsvorschläge machen wird, die geeignet sind, den Trade Unions die Rechte wiederzugeben, die ihnen durch das Esborne-Urteil genommen worden sind.“

Inzwischen ist von dritter Seite ein Entwurf eingebracht worden, der auf etwas anderer Grund-

Lage als die Regierungserklärung eine Lösung der Frage veranlassen will. Der Hauptabdruck desselben besagt, daß eine Trade Union allein oder mit anderen Trade Unions, Vereinigungen oder Körperschaften ihre Fonds für die Wahl und die Entschädigung von Parlamentsabgeordneten und Mitgliedern öffentlicher oder lokaler Behörden verwenden und politische oder andere Handlungen vornehmen darf, die im Interesse von Arbeitern notwendig erscheinen. Ein Einzelmitglied ist berechtigt, jenen Teil seines Beitrags für das Vorjahr zurückzuverlangen, der nachweislich für politische Zwecke verwendet worden ist, wenn er bis zum 21. Januar jeden Jahres dies schriftlich bei dem Generalsekretär seiner Trade Union beantragt. Nach diesem Vorschlag ist ein Mehrheitsbeschluß der Mitglieder nicht erforderlich, und ebenso ist es nicht notwendig, separate Fonds einzurichten. Falls der Gehobentwurf der Arbeiterpartei abgelehnt wird, was ganz unabweisbar ist, scheint obiger Entwurf für die Trade Unions vorteilhafter als die Regierungsvill. Mitglieder werden sich sehr oft weigern, Ertragsbeiträge für politische Zwecke zu zahlen, selbst wenn sie Anhänger der Arbeiterpartei sind. Der Ausschuss der bisherigen freiwilligen Sammlungen hat dies deutlich gezeigt. Die meisten werden aber die Mihe scheuen, regelmäßig jährlich die Rückzahlung von Beitragsanteilen zu beantragen. Im übrigen wird durch die Diäten- und Wahlkostenzahlung aus Regierungsmitteln die Kasse der Arbeiterpartei erheblich entlastet. Die endgültige Lösung der Frage hängt jedoch vollkommen von der Gestaltung des neuen Parlaments ab und von dem Einflusse, den die Arbeiterpartei auf die Mehrheitsbildung gewinnen kann.

Gleiche Brüder.

Die Reichswertwachststeuer, die ursprünglich eine so freundliche Aufnahme gefunden hatte, daß keine Partei sich als grundsätzliche Gegnerin bekannte, scheint mehr und mehr an Sympathien einzubüßen. Der Grund dafür liegt teils in der Bevorzugung, die auch hier wieder dem flachen Lande zuteil werden sollte, teils auch in der Verwendung, welche die aufgebrachteten Steuererträge finden sollen. Die Regierung will damit eine bessere Veteranenfürsorge durchführen, wogegen sich an sich nichts sagen läßt, dann aber auch die Kosten einer neuen Militärvorlage damit decken. Dazu aber werden die auf Grund der ursprünglich geplanten Steuererträge zu erwartenden Einnahmen nicht ausreichen, so daß der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Herr Bernuth, in der Reichstagskommission mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben hat, daß diese Sätze ganz wesentlich erhöht werden müssen. Von dieser Erhöhung aber wird eine Verteuerung der Grundstückspreise und weiter der Wohnungsmieten befürchtet, so daß mancher Freund der Steuer allmählich sich zu einem Gegner gewandelt hat und das Schicksal der Vorlage noch keineswegs geklärt ist.

Was getan werden kann, um die Reichswertwachststeuer zu Falle zu bringen, das werden die Haus- und Grundbesitzer versuchen, die am letzten Freitag zu einer Protestversammlung in Berlin sich eingefunden hatten und ihrem geprehten Herzen in einer Weise Luft machten, daß wir an der Veranstaltung nicht teilnahmslos vorübergehen können. In zehn Ertragsjahren waren die Versammlungsteilnehmer aus allen Gauen des Deutschen Reiches herbeigeeilt und füllten nicht nur den großen Saal des Zirkus Schumann, der weit über 6000 Personen faßt, sondern auch noch einen anderen großen Saal, in dem eine zweite Versammlung stattfand. Sie haben also die Veranstaltungen des Bundes der Landwirte tief in den Schatten gestellt. Der Vergleich mit diesen drängt sich auch auf, wenn man den Versammlungsbericht liest. Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen ergriff ein Vertreter des Reichsschatzamt, das eine Einladung erhalten hatte, das Wort, der aber dem Vorhaben vorher hatte versprechen müssen, auf die Reichswertwachststeuer selbst nicht einzugehen. Die Behandlung, die der Regierungsvorlage in dieser Versammlung „besserer Leute“ erfuhr, spottet jeder Beschreibung. Fortdauernde, minutenlange Unterbrechungen mußte er sich gefallen lassen, und es bedurfte mehrmals des energischen Eingreifens des Versammlungsleiters, um ihm überhaupt das Sprechen zu ermöglichen. Die Zwischenrufe, die ihm entgegengehalten, waren keine Komplimente und bewegten sich vielfach an der äußersten Grenze parlamentarischen Anstandes. Hier sind sicherlich erhoben über den Verdacht, als teilten wir die Anschauungen, die von der Versammlung vertreten werden. Trotzdem müssen wir einigen Zwischenrufen Recht geben, die zur Deduktion der Kosten für die verbesserte Veteranenfürsorge und der neuen Gesetzesvorlage die Erbschafts- bzw. Erbanfall-

steuer in Anregung brachten. Eindruck werden allerdings diese Zwischenrufe nicht gemacht haben.

Das Ergebnis der Beratungen war die nahezu einmütige Annahme einer Resolution, in der entschieden Protest gegen die Einführung der Reichswertwachststeuer als einer weiteren Sondersteuer auf den Grundbesitz erhoben wird. Vom Reichstage wird ihre Ablehnung erwartet, da sie abgesehen von allen den Grundbesitz betreffenden Schäden die Bauwirtschaft vermindere, die Mieten verteuere, das Großkapital gar nicht treffe, da sie weiter mittelstandsfreundlich und unsozial sei. Außerdem werde ihr Ertrag gleich Null sein.

Erdnähmenswert ist auch noch die Schlussanfrage, die vom Vorstandstische aus gehalten wurde und in die Mahnung ausklang, daß die Hausbesitzer sich nach dem Vorbilde der Landwirte und des Bauhandwerkes zu einem Bunde der Hausbesitzer zusammenschließen sollten. „Wir wollen keine Sonderprivilegien“, so heißt es im Bericht des „Berl. Tgl.“, „sondern wehren uns, daß man uns immer neue Sonderlasten auferlegt. Unser Rücken ist von den vielen Lasten schon ganz gekrümmt, er kann keine neuen mehr tragen. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie nach Hause kommen, so treten Sie dafür ein, daß wir uns zusammenschließen zum Bund der Hausbesitzer und uns den gebührenden Einfluß in Staat und Stadt erringen. (Minutenlanges Beifall.)“

Ist das nicht dieselbe Melodie, die wir sonst in den ersten Wochen des Jahres aus dem Zirkus Busch erklingen hören, wenn der Bund der Landwirte keine Parade abhält? Die Junker haben Schule gemacht; die Hausagrarier haben den Landagrarier das Schreiben gut abgelehrt. Auch sonst hat sich der Verlauf der geachteten Versammlung in nichts von demjenigen der Landbündler-Veranstaltungen unterschieden. Derselbe Faden wurde gesponnen, nur eine etwas andere Nummer. In beiden Lagern die energische Zurückweisung des Vorwurfs, als würden irgend welche Sonderprivilegien erstrebt, obgleich offensichtlich die Organisationen einzig und allein zu diesem Zwecke gegründet worden sind. Wahrscheinlich Landagrarier und Hausagrarier gleichen sich wie ein Ei dem andern. Gleiche Brüder unter ungleichen Skappen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 29. November 1910.

Die Heimarbeiterschau-Gesetzgebung im Reichstage bildet das Thema einer großen öffentlichen Gewerkeversammlung, die am Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Verbandsbauhauses, Greifswalderstr. 21-23, stattfindet. Das Referat für den Abend hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Raumann übernommen. Zweck der Versammlung ist, Protest zu erheben gegen die Bestrebungen, den geplanten Heimarbeiterschutz noch mehr zu vergrößern. Schon die Beschlässe der Heimarbeiterschau-Kommission sind weit entfernt von den Wünschen der Arbeiter, die noch einmal durch eine machtvolle Rundgebung dem Reichstage deutlich zum Ausdruck gebracht werden müssen. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Raumann ist ein hervorragender Kenner der sozialpolitischen Verhältnisse auf dem Gebiete der Heimarbeit, der es auch gleichzeitig versteht, durch die Form seines Vortrages die Zuhörer zu fesseln. Aus allen diesen Gründen darf wohl erwartet werden, daß diese Veranstaltung sich eines ungewöhnlichen Beifalles erfreut. Alle Gewerkevereinskollegen und -Kolleginnen von Berlin und Umgegend müssen anwesend sein. Insbesondere aber müssen es alle Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen als ihre Ehrenpflicht ansehen, diese Versammlung zu besuchen. Niemand von ihnen darf fehlen!

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission ist nicht viel Neues zu berichten. Sie hat die Beratung der Unfallversicherung erledigt und die der Unfall- und Hinterbliebenenversicherung begonnen. Nach der ersten Lesung sollten Diplomingenieure und Personen mit technischer Hochschulbildung von der Versicherungsspflicht befreit sein. Diese Bestimmung wurde dahin abgeändert, daß überhaupt Versicherungspflichtige mit Hochschulbildung auf ihren Antrag von der Versicherungsspflicht befreit werden. Weiter hatte die Kommission in der ersten Lesung beschlossen, daß die Berechtigten, die beim Auscheiden aus dem Verhältnis, das die Versicherung begründet hat, die Versicherung fortsetzen und auch erneuern können. Was die Erneuerung anbetrifft, so hat die Regierung diese Bestimmung für unannehmbar erklärt und um ihre Ablehnung er sucht. Infolgedessen wurde die Angelegenheit ebenso wie die übrigen

auf die Selbstversicherung bezüglichen Paragraphen der sogenannten „Zahlenkommission“ überweisen, die die ziffermäßigen Ergebnisse der Belastung festzustellen hat.

Vom Haupttarifamt für das deutsche Malergewerbe. Am Dienstag, den 22. November, trat das Haupttarifamt für das deutsche Malergewerbe wiederum zu einer Sitzung zusammen, um die eingegangenen Berufungen und Beschwerden zu erledigen und gemäß dem Beschlusse vom 2. Juli d. J. eine Revision der Geschäftsordnung vorzunehmen. Die Berufungen waren meist aus dem Hamburger Gau eingegangen, woraus hervorgeht, daß man dort geradezu bemüht ist, zu jeder Sache erst einen Entschluß der obersten Instanz herbeizuführen. Dadurch wird manche Angelegenheit ziemlich lange hingezogen, jedenfalls wenig im Interesse der Beteiligten. Die Berufungen und Beschwerden wurden teils durch Vergleich, teils durch Entscheidungen erledigt.

Mit der Aufstellung einer neuen Geschäftsordnung hatte man weniger Glück. Während die Hilfsorganisationen ihre Wünsche und Abänderungsvorschläge rechtzeitig eingereicht hatten, wurden diese im letzten Augenblick mit einem vollständig neuen Entwurf von Arbeitgeberseite übertrifft. Obgleich eine gewählte Kommission zwei Tage für Beratungen derselben verwendet, konnte eine Einigung hierüber nicht erzielt werden und wurde vom Haupttarifamt in der Sitzung vom 25. November auf Vorschlag der Unparteiischen beschlossen, die Festlegung der Geschäftsordnung bis Mitte Februar zu vertagen, um den Beteiligten Gelegenheit zu geben, dieselbe nochmals eingehend zu prüfen.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung in der Schuhindustrie von Birmasens ist vermieden worden, da zwischen dem Fabrikantenverein und den Arbeiterorganisationen eine Einigung zustande gekommen ist. Nach den getroffenen Vereinbarungen soll die Arbeitszeit von 60 bzw. 59 Stunden pro Woche vom 1. Juli 1911 ab auf 57 und vom 1. Juli 1912 ab auf 54 Stunden herabgesetzt werden. Der Arbeitslohn soll keine Kürzung erfahren. Bis zu 40 Überstunden im Jahr müssen zu den Sätzen des Tagelohns geleistet werden, bei den übrigen wird ein Extrazuschlag von 10 Pf. gezahlt. — Die Arbeiter in Wlauen i. B. haben ihren Streik beendet, obgleich es nicht gelungen ist, alle Arbeitgeber zur Unterzeichnung des Tarifs zu zwingen. — In Borsbeim ist nun auch der Rest der organisierten Arbeiter in der Edelmetallindustrie ausgesperrt worden. Im ganzen dürfte die Zahl der Beschäftigungslosen dadurch auf 9000 gestiegen sein. Zahlreiche nicht-organisierte Arbeiter, die von der Aussperrung nicht betroffen waren, haben ihre Arbeitsstätten ebenfalls verlassen, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze der Betrieb völlig eingestellt wird. — Wegen Lohnunterschieden waren in der syndikalfreien Holzvereinigung in Maastricht die Arbeiter in den letzten Tagen in den Ausstand getreten. Nach Bewilligung einer Lohnzulage von 2 Mark wöchentlich wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — In der Waggonfabrik in Kattst haben annähernd 300 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Firma geringe Lohnverbesserungen und auch jede Verhandlung darüber ablehnten. Die Holzarbeiter haben aus Solidarität ebenfalls die Kündigung eingereicht und die Arbeit niedergelegt. — Der Ausstand der Buchbinder und verwandten Berufe in Hannover wurde von den Arbeitern beendet, ohne daß wesentliche Vorteile errungen werden konnten. Es hatten sich viele Streikbrecher gefunden. — Auf der Zeche Lucas bei Dortmund ist fast die ganze, etwa 400 Mann starke Belegschaft in den Ausstand getreten. Ursache für den Streik ist die Bestrafung einer Anzahl von Arbeitern, welche die Seilschleifordnung nicht beobachtet hatten.

In Murano (Italien) sind 700 Glasarbeiter in den Streik getreten, um die Unternehmer zur Innehaltung eines Tarifs zu zwingen. Der Kampf dürfte ein sehr erbitterter werden, da der Streik sich an eine Zeit langer Arbeitslosigkeit anschließt. — Der Streik der Kutscher und Hilfsarbeiter in New York hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Nach mehr als dreiwöchentlichem Kampfe mußten sie die Arbeit wieder aufnehmen, ohne daß auch nur der geringste Erfolg erzielt worden wäre.

Einen „Schrei nach Unternehmerhilfe“ hört der „Vorwärts“ aus anderer „Vertrauter Terrorismus“ übersäriebenen Notiz in Nr. 94. Wir hatten darin erzählt, daß „Genossen“, weil sie mit einem aus ihrem „freien“ Verbände ausgetretenen Ehepaar nicht weiter arbeiten wollten, die Kündigung

eingereicht hatten. Als ihnen dieser unbedachte Schritt wieder leid und die Kündigung juristisch gegeben wurde, ging der betreffende Unternehmer darauf nicht ein, sondern ließ die „Genossen“ gehen. In dieses Vorwissen hatten wir die Vermerkung geknüpft, daß den Verbänden ein solcher Vorkriegsfall gar nichts schaden könne und nur zu wünschen wäre, daß auch sonst die Unternehmer dem Terrorismus der „Genossen“ so energischen Widerstand entgegensetzen wie in dem geschilderten Falle.

Dann sei für uns — so meint der „Vorwärts“ — die Hauptsache, daß die Unternehmer gegenüber den „freien“ Gewerkschaften terroristisch handeln, weil wir hoffen, auf diese Art in einen solchen Betrieb hineinzufommen, wo wir noch nichts zu bedeuten haben. Ach nein, das ist uns nicht die Hauptsache! Uns kommt es in erster Linie darauf an, daß die „Genossen“ gegen Andersdenkende nicht terroristisch handeln, sondern ihnen ihre freie Meinung lassen. Heute verüben die Verbände nicht nur Unorganisierte, sondern auch Andersorganisierte brotlos zu machen und dem Hunger und Elend preiszugeben, wenn sie nicht dem freien (1) Verbände beitreten. Die Unternehmer unterstützen diesen Terrorismus, indem sie um des lieben Friedens willen die Standhaften entlassen. Das ist bedauerlich, und deshalb wünschen wir — hoffentlich überläßt die Streikbrecher-Redaktion bei der Wiederholung dieses Bunkes keine Gänsehaut —, daß die Unternehmer mehr Rücksicht zeigen, um der Ausnützung und Unbilligkeit der „Genossen“ Einhalt zu tun.

Bezeichnend ist übrigens, daß der „Vorwärts“ für das Verhalten seiner Getreuen in Württemberg kein Wort der Verurteilung hat. Er billigt es also offenbar. Man erkennt daraus von neuem, daß auch das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei die Materialsammlung der Scharfmacher für eine neue Justizhausvorlage ernstlich zu bereichern bemüht ist.

Privatangestellte und Koalitionsrecht. Zu diesem Kapitel hat eine Nürnberger Firma wieder einmal einen interessanten Beitrag geliefert. Einem ihrer Betriebsingenieure nämlich, den sie im Verdacht hatte, daß er Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten sei, legte sie folgenden Revers zur Unterschrift vor:

„Herr A. in Diensten der Firma Nürnberger Radier- und Metallwarenfabrik A. G. vom. Gehr. Ding. belätigt mit Heutigen, daß er seit längerer Zeit nicht mehr dem Bunde der technisch-industriellen Beamten angehört und weder ordentliches noch zahlendes, noch unterstützendes Mitglied ist.“

Ein etwaiger Beitritt zum Bund der technisch-industriellen Beamten, so lange Herr A. in unseren Diensten steht, würde einem Vertragsbruch gleich kommen.“

Das ist ein unverblümter Raub des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes. Stäme es aus diesem Revers zu Differenzen, die vor dem Gericht zum Austrag gebracht würden, so würde der Revers zweifellos als rechtsgültig erklärt werden. Der Vorgang weist aber von neuem darauf hin, daß Angestellte und Arbeiter unter demselben Joch seufzen. Sie gehören deshalb auch zusammen und müssen den Kampf um bessere Lebensbedingungen und Rechtsverhältnisse gemeinsam führen.

Ein eigenartiges Verfahren bei der Untersuchung von Unfallverletzten hat sich die Zuberberggenossenschaft zu eigen gemacht, die vor längerer Zeit in einem an eine Reihe von Ärzten gerichteten Rundschreiben die Absicht zu erkennen gab, die Verletzten nicht mehr einzeln, sondern in größerer Anzahl an bestimmten Orten in Gegenwart eines Beamten der Verwaltung untersuchen zu lassen. Diese Massenuntersuchungen sollten nicht nur für Rentenempfänger, sondern auch für Verletzte mit frischen Schäden vorgenommen werden, um mit den Ärzten beurteilen zu können, ob besondere Maßnahmen innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall zu treffen sind. Offenbar wird dieses seltsame Verfahren aus Sparmaßstäben rücksichtlos beliebt, denn es wurde gleichzeitig die Anfrage gestellt, ob der Arzt diesen Massenbetrieb gegen eine Bezahlung von 3 Mark für jede Untersuchung einschließlich einer daraufhin auszustellenden Formularbezeichnung mitmachen wolle. Weiter wurde hinzugefügt:

„Obgleich Sie jetzt in der Regel für eine Bezahlung von 10 Mk. berechnen, würden Sie an Ihrer Gesamtannahme voraussichtlich keinen Schaden haben, weil wir Ihnen eine größere Anzahl von Verletzten zu führen würden. Außerdem würde das in Aussicht genommene Verfahren für Sie insofern eine Erleichterung bedeuten, als die Vorladung der Verletzten von hier aus erfolgen und auch die Rücksendung der Akten und Gutachten Ihnen nicht mehr obliegen würde.“

Die „Soz. Prax.“, der wir diese Nachricht entnehmen, behauptet, daß auch andere Berufsgruppen-

schaften in ähnlicher Weise vorgegangen seien. Gewinnt darf man sein, wie dieses Rundschreiben von den Ärzten angenommen worden ist. Daß bei einem solchen Massenuntersuchungsverfahren von irgend welcher Wirksamkeit nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Die Leidtragenden werden auch hier wieder die armen Verletzten sein, und es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß das Reichsversicherungsamt diesem Massenbetrieb schleunigst ein Ende bereitet.

Ueber die Kohlegewinnung Deutschlands im Jahre 1908 macht der Jahresbericht des Bergbauvereins Essen folgende Angaben: Die Steinkohlenförderung stellte sich auf 148,9 Millionen Tonnen gegen 147,7 Millionen Tonnen im Vorjahre. Außer den Oberbergamtsbezirken Clausthal und Halle, die mit 724 000 Tonnen und 9000 Tonnen gegen 1908 eine um 24 000 Tonnen und 1000 Tonnen geringere Förderung erzielten, haben alle Bezirke und wichtigeren Staaten an der Zunahme Anteil, darunter der Oberbergamtsbezirk Breslau mit 685 000 Tonnen. Außerdem trugen zu der Steigerung bei: Dortmund 139 000 Tonnen, Bonn 105 000 Tonnen, Sachsen 176 000 Tonnen, Elb-Lothringen 99 000 Tonnen und Bayern 51 000 Tonnen. Der Wert der Steinkohlegewinnung ging von 1522 Millionen Mark auf 1520 Millionen Mark zurück; der Durchschnittswert für die Tonne sank von 10,31 Mark auf 10,21 Mark. Der Anteil des Ruhrbezirks an der Kohlegewinnung Preußens verringerte sich von 61,13 Prozent im Jahre 1908 auf 60,55 Prozent; der Anteil der im Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustriell vereinigten Bezirke von 2,3 auf rund 3 Prozent gestiegen sind. Auf Obersachsen entfielen 24,7, auf den niederrheinischen Bezirk 4 Prozent der Gesamtproduktion Preußens. Der Anteil des Saarbezirks insgesamt sowohl wie der saarländischen Saargruben hielt sich mit 8,02 und 7,9 Prozent auf ungefähr der gleichen Höhe wie im Vorjahre.

Die Braunkohlegewinnung ist im Berichtsjahre um 1,4 Prozent auf 68,5 Millionen Tonnen gestiegen. Der Anteil Preußens an der Braunkohlegewinnung ging von 82 Prozent im Jahre 1908 auf 81,8 Prozent im Berichtsjahre zurück. Außer Halle, das von den Oberbergamtsbezirken die größte Steigerung (+ 1,1 Millionen Tonnen) aufweist, zeigen noch Sachsen-Altenburg und das Königreich Sachsen mit 291 000 Tonnen und 160 000 Tonnen eine Zunahme. Einen beträchtlichen Rückgang ihrer Gewinnungsziffern verzeichnen die Oberbergamtsbezirke Bonn (— 300 000 Tonnen) und Breslau (— 191 000 Tonnen), von den aufpreußischen Ländern Braunschweig (— 181 000 Tonnen). Der Wert der Braunkohlegewinnung ging um rund 2 Millionen Mark = 1,1 Prozent auf 178,9 Millionen Mark zurück, der Durchschnittswert für 1 Tonne erhöhte sich von 2,68 Mark auf 2,61 Mark.

Die Stokerzeugung (21,4 Millionen Tonnen) weist gegenüber 1908 eine Zunahme um 233 000 Tonnen auf. Im Dortmunder Bezirke, der etwa 4/5 (15,5 Millionen Tonnen) der Gesamtproduktion Deutschlands lieferte, zeigte sich eine kleine Abnahme (— 33 000 Tonnen).

Unfallentschädigungsconvention zwischen England und Frankreich. Zwischen den Regierungen von England und Frankreich ist im Oktober ein Vertrag ratifiziert worden, der den Angehörigen des einen Landes, die in dem anderen Vertragslande einen Betriebsunfall erleiden, oder deren Verwandten dieselben Rechte auf Unfallentschädigung zusichert, wie den Angehörigen des anderen Vertragslandes selbst. Ausgenommen davon sind jedoch Arbeiter, deren Arbeitgeber ihren Firmensitz in dem einen Staate haben und nur zeitweilig Arbeiten in dem anderen ausführen lassen; z. B. wenn eine englische Maschinenfabrik ihre Montage nach Frankreich sendet. In diesem Falle ist die Entschädigung in England zu zahlen, vorausgesetzt, daß die Beschäftigung in Frankreich nicht länger als sechs Monate dauerte. Das gleiche gilt für Eisenbahnangestellte, die sich zeitweilig in dem anderen Vertragslande aufhalten.

Zersplitterung in der Arbeiterbewegung Neuseelands. Einen folgenreicheren Schritt haben die neuseeländischen Vergleite unternommen, als sie sich vor kurzem von der allgemeinen Organisation des Landes, der Trades and Labour Conference (Gewerbe- und Arbeitskonferenz) trennten und eine eigene „Federation of Labour“ bildeten. Die „Konferenz“ war ihrem Gesamtcharakter nach gemäßigt-sozialistisch, bei ihrer Tätigkeit jedoch durch das Schiedsgerichtsgesetz, dem alle amt-

lich eingetragenen Trade Unions unterstehen, an möglichst friedliche Beilegung der auftretenden Streitfälle gebunden. Die Vergarbeiterorganisationen haben nun eine nach der anderen ihre Eintragung löschen lassen; die letzte wird am Jahresabschluss folgen. Sie können dann, ohne gesetzliche Konsequenzen fürchten zu brauchen, streiken, wann sie wollen.

Zu den ersten Forderungen, die die neue Federation aufstellte, gehören: Herabsetzung des Mindestalters für Alterspensionen auf 60 Jahre, Einfluß aller durch Krankheit oder Unfall Arbeitsunfähigen in das Pensionsgesetz, Verstaatlichung aller Kohlengruben, Verhinderung aller starken Exports, um dadurch die Verteuerung der Lebensmittel zu beschränken, und die Reduzierung der Arbeitszeit für alle Arbeiter auf 40 Stunden wöchentlich. Die Federation will von dem ganzen Schiedsgerichtssystem nichts mehr wissen.

Es scheint sehr fraglich, ob die absolute Trennung von den übrigen Trade Unions der Erreichung dieser Ziele so besonders günstig ist. Bei dem Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung des Landes hätte sich wohl ein anderer Weg finden lassen.

Die 425. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Konzerthalle der Königl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt, wobei mitwirken werden: der Gesangsverein „Harmonie“, Gem. Chor, E. R. Dirigent: Herr Königl. Musikdirektor F. B. Niemeyer, Herr Alfred Wittenberg (Violine), Herr Dr. Gust. Manz (Regitation).

Gewerkevereins-Zeit.

Königsberg i. Pr. Der hiesige Ortsverband hielt am 19. November in der „Flora“ eine öffentliche Versammlung ab, zu der insbesondere alle im Eisenbahnbetriebe Beschäftigten eingeladen waren. Der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt-Berlin hielt einen Vortrag: „Wie bessern wir die Arbeitsverhältnisse in den privaten Betrieben und in den Staatsbetrieben?“ In keinem Lande — so etwa führte er aus — seien die Lebensmittel so teuer wie in Deutschland. Dabei sei Deutschland aber keineswegs das Land der höchsten Löhne. Die Folge davon sei Unzufriedenheit in den Kreisen derjenigen, die auf ein bestimmtes abgegrenztes Einkommen angewiesen seien. Das Reich habe in den letzten Jahren anerkannt, daß die Lebensmittelpreise rapide gestiegen seien, und seine Beamten in ihren Bezügen aufgebessert, wenn allerdings auch zum Teil nur unzureichend. Aber die Arbeiter, auch die in den Staatsbetrieben, seien nicht aufgebessert oder doch nur sehr gering. Und während innerhalb der einzelnen Beamtenkategorien, was ja auch ganz selbstverständlich sei, kein Unterschied im Gehalt gemacht werde, befänden bei der Eisenbahnverwaltung die Arbeiter im Osten weniger als die im Westen der Monarchie. Daß die wirtschaftliche Entwicklung im Osten gegen den Westen zurückgeblieben sei, liege daran, daß so viel ausländische Arbeiter herbeikämen, um zu geringen Löhnen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Diese ausländischen billigeren Arbeiter nun seien der Maßstab für die Löhne der Eisenbahnverwaltung und auch vieler Privatbetriebe, deswegen müsse darauf gedrängt werden, daß auch im Osten die Löhne bei der Eisenbahnverwaltung aufgebessert würden. Denn sie blieben hier im Osten noch weit hinter dem doch wahrlich geringen Gesamtdurchschnitt von 3,24 Mk. zurück, den die Eisenbahnverwaltung für alle Kategorien ihrer Arbeiter und Beschäftigten gab. Günstig seien in den letzten fünfzehn Jahren Aufbesserungen erfolgt, denn 1893 habe der Gesamtdurchschnittslohn nur 2,29 Mk. betragen, aber die Lebensmittelpreise seien in dieser Zeit doch weit rascher gestiegen. Geringe, unzureichende Löhne und die daraus folgende Not üben einen stark demoralisierenden Einfluß aus; denn mit der zunehmenden wirtschaftlichen Not liege auch die Zahl der Verbrechen, das beweise die Kriminalstatistik. Darum müsse es anders werden, und alle, auch die Arbeiter, könnten dabei mithelfen; die Arbeiter, indem sie sich in Berufsverbänden organisieren, nicht in den sozialdemokratischen, auch nicht in den christlichen Gewerkschaften, sondern nur in den partei- und kirchenpolitisch unabhängigen Deutschen Gewerkevereinen. Diese verlangten nichts Unbilliges, sondern nur den allmählichen Aufstieg zu auskömmlichen, zufriedenstellenden Lebensverhältnissen. Mit allen ihren Beiträgen wurzeln die Gewerkevereine im deutschen Vaterlande.

Die zahlreich besuchte Versammlung, der auch einige Beamte der Eisenbahnverwaltung beimohnten, spendete den Ausführungen des Redners lebhaften Beifall. Auch die Diskussionsredner gaben ihre volle Zustimmung zu erkennen.

Am Sonntag, den 20. November, vormittags, tagte sodann im „Hotel Kronprinz“ eine Bezirkskonferenz der Ortsvereine Ostpreußens. Nachdem Kollege Goldschmidt in ausführlicher Weise einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Gewerkevereinsbewegung gegeben hatte, trat die Konferenz ein in die Beratung über die Anstellung eines Beamten im Osten. Da eine Reihe von Ortsvereinen nicht durch Delegierte vertreten war, wurde nach einer eingehenden Diskussion, in der die meisten Vertreter sich

für die Errichtung eines Agitationsbureaus aussprechen, allerdings nicht ohne Vertennung der bestehenden Schwierigkeiten, folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Bezirkskonferenz der Deutschen Gewerkschaften in Königsberg bringt ihre Überzeugung dahin zum Ausdruck, daß es dringend notwendig ist, die Sache der Gewerkschaften in Ostpreußen energisch zu fördern. Die Gewerkschaften sind die beste Organisation für die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe und auch für die Kaufmannschaft (Verein Deutscher Kaufleute). Die Ortsvereine Ostpreußens werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß jedes Mitglied einen wöchentlichen Extrabeitrag von 5 Pfennig für die Agitation aufbringt. Aus diesen Beiträgen soll unter einem entsprechenden Beitrag der Zentralstelle ein Agitationsbeamter für Ostpreußen angestellt werden.

Wragen. Der Verbandskollege Franz Schweinberger vom Gewerkschaften der Bergarbeiter wurde am 24. November in die Gemeindevorstellung der Gemeinde Elspe gewählt. Mit diesem zieht der zweite Gewerkschaftler in die Gemeindevorstellung ein. Denn schon vor zwei Jahren war es uns möglich, den Kollegen Rues vom Gewerkschaften der Maschinenbauer zu wählen. Die beiden Kollegen werden sicherlich bemüht sein, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren und namentlich da, wo es gilt, für die Arbeiterschaft Gutes zu wirken, energisch einzutreten. Hoffen wir, daß mit der Zeit sich immer mehr der Gedanke auch hier Bahn bricht, daß auch den Arbeitern eine gebührende Vertretung in den öffentlichen Körperschaften zuteil. Allen Mitarbeitern an diesem Werk besten Dank! Carl Stipp, Ortsverbandsführer.

Stuttgarter-Gannstatt. Die am letzten Donnerstag nach dem „Wägen“ einberufene Versammlung des Ortsverbandes nahm einen recht lebhaften Verlauf. Der Referent des Abends, Kollege Vancoll, um, verstand es vortrefflich, die Zuhörer zu fesseln. Er ging von dem Grundgedanke aus, daß die Arbeiterorganisationen keine künstlichen Erzeugnisse sind, hervorgerufen von irgend welchen Personen zu bestimmten Zwecken, sondern daß dieselben sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus von selbst entwickeln haben. Durch den Übergang Deutschlands aus einem Agrar- zu einem Industriezitat war ihre Gründung gegeben. Die Arbeiterfrage ist nicht nur eine Fragefrage, und die Berufsorganisationen nicht nur ein Mittel zur Erreichung höherer Löhne, sondern der organisierte Arbeiter und Angestellte muß auch dafür sorgen, daß ihm nicht durch eine verteilte Zoll- und Steuerpolitik alle Bedarfsartikel verteuert werden. Denn es nißt ihm nichts, auf der einen Seite höhere

Löhne zu erhalten, wenn er auf der andern Seite für seine Bedarfsartikel immer höhere Preise zahlen muß. Deshalb muß sich der organisierte Arbeiter auch politisch und genossenschaftlich betätigen. Von den christlichen Gewerkschaften unterscheiden sich die Deutschen Gewerkschaften dadurch, daß sie die Religion nicht in den Streit um wirtschaftliche Interessen hineingiehen, sondern unbedingte religiöse Neutralität üben. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften trennt sie eine Weltanschauung. Während die Sozialdemokratie und die ihr verbündeten Gewerkschaften die bestehende Gesellschaftsordnung in eine kollektivistische Produktionsweise umändern wollen, streben die Deutschen Gewerkschaften eine Besserung auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung an. In den Grundgedanken der Gewerkschaftsfragen bestehen jedoch keine Differenzen. Lebhafter Beifall lohnte den Referenten für seine klar formulierten Gedanken. Leider brachten die Disfunktionsredner der sozialdemokratischen Gewerkschaften, bis auf einen, insofern einen Witz in die Versammlung, als sie alle längst widerlegte Verwürfe gegen die Gewerkschaften erhoben und sich an das Referat absolut nicht hielten. Immerhin war die Aussprache sehr interessant und wird sich auch in Wäde wieder mal Gelegenheit bieten, das Thema weiter zu spinnen. G. Kappeler, Ortsverbandsführer.

Verbands-Teil.

Berlin. Disfunktionsklub der Deutschen Gewerkschaften (G. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221-223. Mittwoch, 30. November, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Siebe Gewerkschaften“. (Hörsehung). Gäste herzlich willkommen. — Gewerkschaften - Liebesfest (G. D.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Uferungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Brüder Saal). Gäste wird — Sonnabend, 3. Dezember. Maschinenbau und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Bonader, Blücherstr. 61. Protokoll, Monatsberichte. Wahl des Ausschusses: Anmeldung der Kinder zur Weihnachtseier. Reichsverband - Maschinenbau und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 71. E. D.: Wahl des Ausschusses. Dritte Anmeldung zur Weihnachtseier. — Maschinenbau und Metallarbeiter IX. Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung Bölgstr. 22. Vortrag des Kollegen Gohler: „Die Metallindustrie in Preußen“. Anmeldung zur Weihnachtseier. — Maschinenbau und Metallarbeiter XII. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Kraft, Putzbergstr. 51. Ausschusswahl. Vortrag des Kollegen Glucke über: „Brennerei-Einrichtung“.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Disfunktionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Gastwirt, Sandowstr. 42. — Duisburg (Disfunktionsklub). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hasenamp, Friedrich-Wilhelmstr. Disfunktionsabend. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsklub). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Karlsruherstr. 29. Sitzung. — Elberfeld - Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Sülzenstr. und Geholungsstr. 66c. — Essen (Ortsverb.). Sonntag, 4. Dezember, vorm. 11 Uhr, Vertretersitzung im Verbandsbause, Grobhauserstr. 58. Beschlusfassung über Vorhandswahl und anderes. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband - Vertretersitzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — Halle a. S. (Ortsb.). Der Disfunktionsabend wird jed. 8. Mittwoch im Monat i. Passage-Rest., Gr. Brauhauserstr., statt. — Queren b. Nachen. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Disfunktionsabend bei Ludwig. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz. in Kollmanns hot. Bohlstr. 2, Lutzerathstr. — Iserlohn (Disfunktionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janer, Döhrstr. — Köln (Disfunktionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolb“, Eifelstr. — Leipzig (Gewerkschaften - Liebesfest). Die Uferungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Reichslokal „Stadt Hannover“, Seebau, Nr. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieber sind herzlich willkommen. — Leipzig (Ortsverb.). Sonntag, 11. Dez. nachm. 3 1/2 Uhr, Ausschussung, 4 Uhr Ortsverbandsober in Sultrop. — München - Maxfr. (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretersitzung im Birt Joh. Müller, Sandstraße 38. — Gletzin (Sängerkor der Gewerkschaften). Die Uferungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Bohlstr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — Regal (Disfunktionsklub für Regal, Borkhölle und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Kohnen, Brunnstr. 38. Gäste willkommen. — Weichensfeld a. S. (Gemeinschaft der Gewerkschaften). Uferungsstunden jed. Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Edw. a. Haus“, Schützenstraße. Uferungsstunden der Gewerkschaften sind herzlich willkommen. — Weichensfeld (Disfunktionsklub der Gewerkschaften). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Wendungen bezw. Ergänzungen zum Abrechnungsverzeichnis. — Rürnberg (Ortsb. b. Braun). August Stod, Vorf. hender, Richard Wagnerstr. 17. August Schumann, Schriftführer, Sandowstr. 41, Restaurant Friedenstr. 13. Andrea Grill, Kassierer, Fehrlstr. 13.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Achtung!
Kollegen und Kolleginnen von Berlin!
Dienstag, den 6. Dezember 1910, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstraße 221/223
Große
Gewerkschafts-Versammlung!
Die Heimarbeiterschutzgesetzgebung
:: :: im Reichstage! :: ::
Referent: Reichstagsabg. Dr. H. Rammann. — Freie Aussprache.
Zahlreiche Erscheinen der Berliner Mitglieder unbedingt erforderlich! Für die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen ist der Besuch dieser Versammlung Ehrenpflicht.
Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften. Soziale Kommission der Gewerkschaften Groß-Berlins.

Ein neues Buch
Lexikon des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann Vog, Hermann Luppe
herausgegeben von Alexander Eißner.
Verlag von Gustav Fischer in Jena.
Der sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will, findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitssekretäre, Lokal- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Gegen Einsendung des Kopfeinkaufes von 4,20 Mk. pro Exemplar in gutem Weinwandband erfolgt frankierte Zusendung. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-223 zu senden. Die Bestellung ist auf dem Postabschnitt zu schreiben.

Commerfeld-Gassen. Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeld im Betrage von 75 Pfg. beim Kol. Gustav Stiller, Commerfeld, Böttcherstr. 61a. — Schmolln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerkschaftsmitgliedern wird für Nachtquartier eine Unterstützung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Das Versandhaus
B. Feder
Berlin NW, am Rosenthaler Tor
offert auf Kredit
Abteilung A:
Herren-, Damen-, Kinder-
Garderobe,
Manufakturwaren,
Tepiche, Gardin.,
Portier, Wäsche
Damenhüte,
Pelzwaren,
Schuhe
u. s. w.
Abteilung B:
Möbel-
Polsterwaren
kompl. Wohnungs-
Einrichtungen
in jeder
Preislage
Abteilung C:
Gerahmte Bilder,
Kinderwagen,
Sportwagen,
von einfachsten
bis zum
eleganteiten
Genre
Verlangen Sie ged. Kataloge
für Abteilung A 544,
für Abteilung B 545,
für Abteilung C 546.

Alles zusammen nur zwei Mark!
Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw-Nadel.
Bei Bestellung bitte Fingermaß angeben.
Bei Bestellung bitte Fingermaß angeben.
Die neue Amerik Brillant-Krawattennadel. Bei Weiterverkauf von 2 und 16 Ketten in ihrem Bekanntheitsbereich erhalten Sie bei 6 Ketten 1 hochbegabtes Opernglas mit Messing sowie mit einfacher und doppelter Vergrößerung und bei 16 Ketten 1 garantiert gezeichnete silberne Remonteur-Uhr vollständig gratis.
Unzählige Dankschreiben Damen-Kollektion aus selbstem Preise. Lieferant höherer Qualität. Schreiben Sie sofort eine Postkarte an uns um Zusendung per Nachnahme.
Richard Jülich, Berlin O 24, Abt. 21.

Kollegen, raucht
Gewerkschafts-Zigaretten
aus rein reifem überfeinem Roh-
tabak!
Eine jede Ortsverwaltung betrachte es als Ehrentafel, gemeinsame Bestimmungen zu machen und die Zigaretten in ihrem Bekanntheitskreis zu empfehlen. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!
Unterstützt eure Kollegen und bestell sofort Probepackung aus der Gewerkschafts-Zigarettenfabrik, E. G. m. u. S.,
Bodenheim, Baden.
Bremen. Die Auszahlung der Kassegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeiterssekretariat Bremen, Donnersstr. 21, II. Etg. Eingang Kleine Fuhrleutenstraße. Telefon Nr. 6468.
Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsangehörige erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stähler, Bahnhofsstr. 18.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschehen für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Verufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Reibe, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausbezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Kol. Dswald Flach, Senefelderstr. 32, verwaltert. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.
Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten beim Wobnerkassierer, Kollegen E. a. b. e., Leipzigerstr. 1, Markt in bar oder Abendrot, Nachquartier und Kaffee in der Reichsanstalt (Baderinnungsbaus) am Hospitalplatz.
Ortsvereine
haben Gelegenheit, zur Vergrößerung der Bibliothek zwei Serien neu eingehender Bücher, Werte herporragender Schriftsteller, sehr preiswert zu erwerben.
Nähere Auskunft erteilt der Verbandskassierer Kollege H. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.